

Wahlprüfstein DIE LINKE

Charta der Vielfalt e.V.
Albrechtstr. 22
10117 Berlin

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

1. Unsere Gesellschaft ist in vielerlei Hinsichten im Wandel und von einer zunehmenden Vielfalt geprägt.

Was wird Ihre Partei konkret tun, um diese Vielfalt in der Arbeitswelt möglichst ganzheitlich zu fördern und zu unterstützen?

DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der alle in Deutschland Lebenden ihre Identität finden und ausdrücken können. Wir werden das kulturelle Leben fördern in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene, als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft. Wir bestehen auf der Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei internationalen Handelsabkommen. Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit, ein Zeichen von Lebensqualität und Humanismus. Dafür müssen wir gegen Diskriminierung vorgehen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die von prekärer Arbeit und Niedriglohn, ungleichen Bildungschancen, Rassismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung, Homo- und Trans*feindlichkeit betroffen sind.

Wir wollen, dass die vielfältigen Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ein. Rassistische Hetze und Gewalt nehmen zu. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die Opfer rassistischer Angriffe sind, und derjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander einsetzen. Wir sind Teil der Willkommens- und Solidaritätsbewegung für die Geflüchteten. Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Wir wollen ein gutes Zusammenleben stärken mit allen, die hier leben: eine soziale Offensive für alle. Gegen einen rechten Kulturkampf, gegen die falschen Versprechen, dass es »uns« besser geht, wenn es »den anderen« schlechter geht, wollen wir eine Gesellschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können.

2. Diversity Management in Unternehmen und Institutionen hat das Ziel, die Chancengleichheit aller Beschäftigten – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität – zu verbessern und eine produktive Gesamtatmosphäre zu erreichen.

Welche Vorschläge Ihrer Partei dienen dazu, Unternehmen und Institutionen gezielt dabei zu unterstützen?

DIE LINKE streitet für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen und ethnischen Identitäten. Um die gleichberechtigte Teilhabe der Beschäftigten zu verbessern, müssen Diversity-Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Auch entsprechende Dienstvereinbarungen müssen abgeschlossen werden. Diskriminierungen und Mobbing sind zu ahnden. Für alle Beschäftigtengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind oder sein könnten, müssen Gleichstellungspläne erstellt werden.

Die weitestgehend unverbindliche Geschlechterquote zeigt nahezu keine Wirkung. Wir brauchen eine verbindliche Frauenquote von 50 Prozent für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen. Dies wollen wir in einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft regeln.

DIE LINKE fordert ein diskriminierungsfreies Vergaberecht und entsprechende Förderungen und Anreize, um Diversity und Chancengleichheit zu gewährleisten. Auftragnehmer sollen zur Beachtung und Durchsetzung des geltenden Gleichbehandlungsrechts auch gegenüber Dritten verpflichtet werden und durch konkrete Maßnahmen die tatsächliche Durchsetzung von Chancengleichheit und Diversity über die gesamte Laufzeit des Vertrages fördern. In Bezug auf Menschen mit Behinderungen bedeutet dies beispielsweise, dass Ausschreibungen und Vergaben von öffentlichen Aufträgen sowie Förderungen nur in Übereinstimmung mit der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgen dürfen, wozu die Schaffung beziehungsweise Gewährleistung von umfassender Barrierefreiheit als verbindliches Kriterium gehört.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren ein. Dadurch kann verhindert werden, dass Bewerberinnen und Bewerber allein aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens nicht zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden.

3. Der Wettbewerb um Fachkräfte spielt sich heutzutage nicht mehr nur auf den regionalen und lokalen Arbeitsmärkten ab, in denen sich die jeweiligen Verwaltungen befinden. Wirtschaftsstandorte befinden sich insgesamt national aber auch global in einem zunehmenden Wettbewerbsverhältnis, bei dem letztlich die am Standort gelebte Kultur ausschlaggebend ist. Gleichzeitig müssen arbeitsmarktpolitische Voraussetzungen geschaffen werden, um Vielfalt zu ermöglichen.

Welche Vorschläge Ihrer Partei dienen dazu, Vielfalt als Standortfaktor für Deutschland zu fördern und auszubauen?

DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, in der Menschen sich frei von Existenzangst und Diskriminierung entfalten können. Um die

Gleichheitsgrundrechte aus Artikel 3 des Grundgesetzes zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung. Außerdem wollen wir den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation, sexuellen Identität und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen.

Deutschland hat im internationalen Vergleich einen besonders großen Gender Pay Gap. DIE LINKE hat ein Gesamtpaket zur Erreichung der Entgeltgleichheit erarbeitet. Wir wollen Minijobs sozialversichern und einen gesetzlich verbindlichen, flächendeckenden, armutsfesten Mindestlohn von 12 Euro einführen. Wir wollen ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, das ein Verbandsklagerecht und Lohnvergleichsverfahren wie EG-Check enthält. Ein solches Gesetz greift für alle Betriebe, wenn Frauen am gleichen Arbeitsplatz in eine niedrigere Lohn- bzw. Gehaltsgruppe eingestuft werden, aber umfasst auch die Analyse bestehender Tarifverträge und die Entwicklung diskriminierungsfreier Eingruppierungsregelungen. Nicht zuletzt wollen wir die Aufwertung der „SAHGE-Berufe“ vorantreiben sowie das Ehegattensplitting und alle anderen Fehlreize abschaffen, die Frauen den Zugang zur Erwerbsarbeit erschweren.

Frauen müssen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen haben, ohne dass ihnen Lebensformen aufgedrängt werden. Sowohl das Verbot von Kopftüchern wie der Zwang dazu wären eine Einschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten. Es gilt, Frauen in ihrer persönlichen Entscheidung, wie sie sich kleiden, nicht zu bevormunden und keinen Druck auf sie auszuüben. Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches Bekenntnis zu einer Religion ein. Wir sind gegen Verbote religiös motivierter Bekleidung und lehnen eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.

4. Welche Vorschläge Ihrer Partei sind dazu geeignet, um Chancengleichheit und Diversity in allen Lebensbereichen zu fördern/herzustellen?

DIE LINKE setzt sich für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Wir fordern, die gesetzliche Realität der gesellschaftlichen Realität anzupassen und wenden uns gegen jegliche Diskriminierung, sei es privat, in der Schule oder am Arbeitsplatz. Wir unterstützen alle Schritte, die dabei helfen, mit der staatlichen und gesellschaftlichen Heteronormativität, Cisnormativität und der Zweigeschlechtlichkeit als Norm zu brechen. Die Unrechtsurteile gegen und die Verfolgung im Nationalsozialismus von Menschen mit Trans*hintergrund und Inter*hintergrund müssen aufgearbeitet werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und gewürdigt, wertgeschätzt und entschädigt werden.

5. Wird Ihre Partei künftig mehr Mittel für Initiativen zur Förderung von Diversity (nicht nur in Unternehmen) bereitstellen? Wenn ja, für welche?

Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen nicht nur geschützt werden. Zugleich ist notwendig, ihre (Selbst-) Organisationen finanziell und politisch zu stärken. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Flüchtlingen wollen wir stärken. Im Sport sollten antirassistische Fan-Initiativen mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer und ehrenamtliche Verantwortliche in Vereinen und Fanprojekten, die Integrationsarbeit leisten, müssen stärker als bisher darin unterstützt werden. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten ganzheitlich abbilden, statt Klischees und alte Rollenmuster zu bedienen. Für Menschen mit Inter*hintergrund und deren Angehörige fordern wir Beratungs- und Aufklärungszentren sowie einen Entschädigungsfonds für Betroffene, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches Leid widerfahren ist.

DIE LINKE setzt sich für die Förderung des Dialogs mit dem Ziel der Verständigung und der Bekämpfung von Vorurteilen ein. Dies betrifft auch den Diskurs mit christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und nicht jüdisch-christlichen Glaubensgemeinschaften. Insbesondere von einem Dialog mit den vielfältigen muslimischen Gemeinschaften erhoffen wir uns emanzipatorische Fortschritte auf beiden Seiten sowie ein konfliktärmeres Zusammenleben. Dieser Dialog ist auch deshalb dringend, weil u.a. rechte Gruppen und Parteien Kapital daraus schlagen wollen, dass sie die queere und die muslimische Community gegeneinander aufhetzen und spalten wollen. Für DIE LINKE ist die Bekämpfung von Rechtsradikalismus, antimuslimischem Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso wichtig wie die von queerfeindlichen Übergriffen.

Wir wollen eine unabhängige Beobachtungsstelle »Extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« schaffen. Wir unterstützen die Initiative des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zur Schaffung eines unabhängigen Expert*innenausschusses, der Vorurteile und Diskriminierung gegen Sinti und Roma untersucht.

6. Wie setzt Ihre Partei Diversity Management konkret um?

Zielquoten können ein sinnvolles Mittel zur Erhöhung des Anteils von Migrant*innen in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in privaten Unternehmen sein. Sie helfen, ein diesbezügliches Problembewusstsein zu schaffen und die Notwendigkeit entsprechender Fördermaßnahmen zu beleuchten. Was als „Migrationshintergrund“ definiert wird, ist jedoch z.T. beliebig, viele Migrant*innen möchten auch nicht hierauf reduziert werden.

In der Partei DIE LINKE gibt es keine entsprechende Zielquote. Der Anteil von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund ist bei der LINKEN mit acht Prozent im Parteienvergleich aber am höchsten (Studie von 2011: Grüne: 8%, SPD: 5%, Union und FDP: 2%). DIE LINKE hat mit 12,5 Prozent auch die meisten Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag (Medien dienst Integration: Grüne: 11%, SPD: 6,7%, Union: 2,9%).

DIE LINKE fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund werden besonders zur Bewerbung auf freie Stellen aufgefordert und schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.